



Fachforum

„FRAUEN ZÄHLEN – FÜR EINE GESCHLECHTERGERECHTE VERTEILUNG ÖFFENTLICHER MITTEL“

18. November 2023, 10.00 - 13.00Uhr

Kulturzentrum Pavillon Hannover

Mit der fortschreitenden Entwicklung von Gesellschaften wird auch die Notwendigkeit immer offensichtlicher, Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen zu fördern. In diesem Kontext erweist sich Gender Budgeting als ein zukunftsweisendes Instrument, um geschlechtsspezifische Ungleichheiten zu identifizieren und gezielt entgegenzuwirken.

Am 18. November 2023 eröffnete **Marion Övermöhle-Mühlbach**, **Vorsitzende des Landesfrauenrats Niedersachsen e.V.**, das **Fachforum „Frauen zählen – Für eine Geschlechtergerechte Verteilung öffentlicher Mittel“**, das sich thematisch mit öffentlichen Haushalten, Gender Budgeting und Kostenaspekten von Frauen und Männern auseinandersetzt. Die Veranstaltung ist eine Kooperation der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. und des Landesfrauenrats Niedersachsen e.V. Im Namen der Veranstalterinnen begrüßte Marion Övermöhle-Mühlbach die Anwesenden und hieß auch die Referent_innen herzlich willkommen.



*Marion Övermöhle-
Mühlbach*

Marion Övermöhle-Mühlbach verwies auf die Aufgabe und das Selbstverständnis des Landesfrauenrats, geschlechtsspezifische Ungleichgewichte sichtbar zu machen und stärker in die Diskussion bringen – so auch beim Thema Gender Budgeting. Gemäß Övermöhle-Mühlbach sei im Koalitionsvertrag der Landesregierung, eine Koalition aus SPD und GRÜNEN, für die laufende Legislatur vorgesehen, ein Pilotprojekt zum Thema Gender Budgeting zu starten, um das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit zu befördern. Ansätze für eine entsprechende Umsetzung seien jedoch noch nicht sichtbar. Am Ende

ihrer Begrüßung kündigte Marion Övermöhle-Mühlbach die Einrichtung einer Fachgruppe zum Thema Gender Budgeting an, die der Vorstand des Landesfrauenrates in der anschließenden Delegiertenversammlung beantragen werde und die das Thema ein Jahr lang bearbeiten solle.

Im Anschluss an den Beitrag von Marion Övermöhle-Mühlbach begrüßte **Linda Matzke, Referentin im Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung**, die Anwesenden und führte in das Thema ein. Sie verwies darauf, dass die Gleichstellung der Geschlechter Verfassungsauftrag sei, jedoch nach wie vor in vielen Bereichen Geschlechterungleichheit bestehe. Letztere zeige sich auch in dem weniger bekannten Bereich der öffentlichen Haushalte. Geschlechterdifferenzierte Analysen, die sich mit der Frage auseinandersetzen, wie öffentliche Gelder verwendet werden, haben laut Linda Matzke oft zum Ergebnis, dass es auch bei der Verteilung staatlicher Gelder zu geschlechtsspezifischen Unterschieden und damit zu strukturellen Benachteiligungen kommt. Linda Matzke betonte in ihrem Beitrag die Notwendigkeit zu verstehen, wie öffentliche Mittel verteilt werden und wie dies die Gesellschaft beeinflussen kann. Gender Budgeting würde die Möglichkeit bieten, strukturelle Ungleichheiten in öffentlichen Haushalten auszugleichen und eine gerechtere Verteilung zu erreichen.

In dem nachfolgenden Grußwort unterstrich **Katja Taranczewski, stellvertretende Abteilungsleiterin der Abteilung 2 "Frauen und Gleichstellung" im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung**, die Auswirkungen von Krisen auf Frauen und betonte die Wichtigkeit des Engagements für Geschlechtergerechtigkeit. Sie führte aus, dass Krisen wie beispielsweise die Pandemie oder der Klimawandel insbesondere Auswirkungen auf Frauen haben. Nicht alles könne mit Geld gelöst werden, aber viele Probleme könnten ohne Geld nicht gelöst werden. Insofern sei es wichtig, dass der Landesfrauenrat und die Friedrich-Ebert-Stiftung für Geschlechtergerechtigkeit kämpfe und auf die Missstände hinweise.

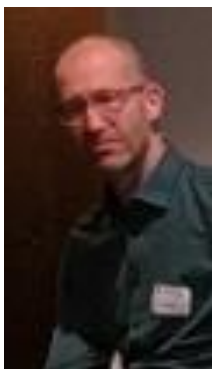
Dr. Regina Frey vom Gender Institut für Gleichstellung (GIG) schließt mit ihrem Impulsvortrag „**Geschlechtergerechter Haushalt als gute Regierungsführung – warum eine Gender-Perspektive auf den Haushalt demokratisch und wirksam ist**“ an das Grußwort an. Sie verdeutlichte, dass dieses Konzept darauf abzielt, durch die Umverteilung von Einnahmen und Ausgaben Geschlechtergerechtigkeit zu fördern. Gemäß Dr. Frey ist Gender Budgeting „eine Überprüfung von Haushalten sowie die Einbeziehung der Geschlechterperspektive in allen Stadien des Haushaltsprozesses mit dem Ziel, durch die Umverteilung von Einnahmen und Ausgaben Geschlechtergerechtigkeit zu fördern“ (Quelle: Council of Europe 2005). Mit Gender Budgeting sei es möglich, den Verfassungsauftrag zu erfüllen sowie eine höhere



Dr. Regina Frey

Wirkungsorientierung und bessere Kostentransparenz zu erzielen. Die Diskussion über geschlechtergerechte Haushalte, so Dr. Frey, muss vor dem Hintergrund der Annahme betrachtet werden, dass öffentliche Haushalte politische Prioritätensetzungen widerspiegeln. Es gebe – so die These – eine Wechselwirkung zwischen dem öffentlichen Haushalt und der im privaten Haushalt geleisteten Arbeit. Finanzmaßnahmen hätten meistens Auswirkungen auf gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse. Das führe dazu, dass trotz vermeintlich Geschlechterneutraler Budgettitel die Finanzmaßnahmen eher Männern zugutekommen. Bei Gender Budgeting, unterstrich Dr. Frey, handele es sich nicht um die Erzielung eines gesonderten Fördertopfs für Gleichstellung oder Frauenförderung, sondern um eine Umverteilung der Mittel. Dabei betonte sie auch, dass es nicht um eine schematische Gleichverteilung von 50 zu 50 der Haushaltsmittel für Frauen und Männer ginge.

In einem internationalen Vergleich wurde sichtbar, dass Gender Budgeting bereits praktiziert wird. Laut der OECD hatten 15 von 34 Mitgliedsländern im Jahr 2016 das Gender Budgeting eingeführt. In Deutschland sind es bisher nur die Länder Berlin, Hamburg und Sachsen-Anhalt sowie u.a. die Städte München, Göttingen und Freiburg. Im internationalen Vergleich hinkt Deutschland deutlich hinterher. Die Frage, warum Gender Budgeting durchgeführt werden sollte, lässt sich mit dem folgenden Zitat aus der Publikation der Landeshauptstadt München „Haushalt fair teilen“ erklären: „Mit Gender Budgeting lässt sich feststellen und steuern, wie die Mittel verteilt werden und welche Wirkungen sie auf Frauen und Männer auf das Geschlechterverhältnis haben.“ Ein geschlechtergerechter Haushalt – so betonte Dr. Frey – zahle letztlich in die Demokratie ein, weil es eine Erfüllung des Gleichstellungsauftrags als Rechtsnorm sei. Ebenfalls sei es eine Evidenzbasierung demokratischer Entscheidungen und somit ergeben sich auch bessere demokratischen Möglichkeiten der Mitwirkung.



Boris von Heesen

Boris von Heesen, Publizist und Männerberater, beleuchtete in seinem Vortrag „**Die andere Seite der Medaille – Höhere Kosten durch ungesundes männliches Verhalten**“ die Auswirkungen männlichen Verhaltens auf Kosten und öffentliche Haushalte, wobei er auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche einging. Zunächst skizzierte er in seinem Impuls das Patriarchat in unserer Gesellschaft. Das Patriarchat wäre u.a. dadurch charakterisiert, dass 65% der Abgeordneten und 87 % der Vorstände männlich seien. Daneben leisten Männer durchschnittlich 2,5h weniger Care-Arbeit am Tag als Frauen.

Dies entspreche 114 Achtstunden-Arbeitstagen pro Jahr. Insgesamt hätten Frauen zudem im Durchschnitt 53 % weniger Alterseinkünfte. All das impliziert, dass das gesellschaftliche System überwiegend von Männern geprägt, beherrscht und repräsentiert werde. Auch in Bereichen wie Kriminalität und Unfälle im Straßenverkehr

seien die Anteile von Männern höher. Beispielsweise sind Menschen, die schweren Diebstahl begehen, zu 87 % männlichen Geschlechts. Beim Raub sind es sogar 91 %. Unter Berücksichtigung der Mehrkosten sowie der Kosten, die durch häusliche Gewalt, durch Hooligans, durch Wirtschaftskriminalität oder durch Alkoholmissbrauch und -sucht verursacht werden, kommt es in der Endabrechnung zu einer Summe von Mehrkosten in Höhe von 63,5 Milliarden € jährlich, die eben hauptsächlich durch Männer herbeigeführt werden. Boris von Heesen betont, dass die Daten eine Schieflage der Geschlechter aufweisen.



Nach einer kleinen Pause ging es direkt weiter mit der **FishBowl-Diskussion** unter dem Thema „**Close the Gaps – mit Gender Budgeting!**“. Podiumsteilnehmer_innen waren Dr. Regina Frey, Dr. Barbara Hartung, Boris von Heesen, und Christine Müller. Die Diskussion wurde von **Cosima Schmitt, Journalistin und ZEIT-Autorin**, moderiert. Zunächst stellte Cosima Schmitt Dr. Barbara Hartung und Christine Müller vor. Bezugnehmend auf die Frage von Cosima Schmitt erläuterte **Christine Müller, Gleichstellungsbeauftragte und Leiterin des**

Gleichstellungsbüros der Stadt Göttingen, die Vorgangsweise der Stadt Göttingen im Bereich des Gender Budgeting. Sie erläuterte ihr System des produktorientierten Haushalts, in welchem mit Produkten und den Produktzielen gearbeitet werde. Göttingen habe das Gelegenheitsfenster im Jahr 2018 im Rahmen des Landesprogramms „Gleichstellung sichtbar machen – CEDAW in Niedersachsen“ genutzt, Gender Budgeting mit in den Kommunalen Haushalt aufzunehmen. Somit sei Göttingen zum Modellstandort für politische Partizipation für Frauen geworden. Unter dem Motto „Frauen motivieren, unterstützen und für die Politik gewinnen“ setzt die Stadt Göttingen seit 2018 die UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW; Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, kurz „Frauenrechtskonvention“; englisch: Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women, CEDAW) um.



Christine Müller

Dr. Barbara Hartung, stellvertretende Vorsitzende des Landesfrauenrates Niedersachsen,

erläuterte, dass trotz eines besoldungsrechtlich einheitlichen Grundgehaltes Professorinnen an Universitäten weniger verdienen als Männer. Dies liege an den Leistungsbezügen, über die Wissenschaftler_innen bei Berufungen verhandeln könnten. Hier seien Männer scheinbar erfolgreicher; die Differenz betrage an Universitäten etwa ein Monatsgehalt pro Jahr. Eine vom niedersächsischen Wissenschaftsministerium beauftragte Untersuchung habe eine lebhafte Diskussion in den Hochschulen ausgelöst, die letztlich zu mehr Transparenz bei der Vergabe von Leistungsbezügen geführt habe.



Dr. Barbara Hartung

Die Moderatorin Cosima Schmitt stellte Boris von Heesen die Frage, wie Männer davon überzeugt werden könnten, dass Gender Budgeting nicht nur eine „feministische Spielweise“ sei, sondern auch Männer durchaus davon profitieren können. Er erwiderte, dass zunächst der Begriff für Männer zugänglicher gemacht werden müsste, zum Beispiel auch durch Daten und Zahlen. Denn Gender Budgeting führe nicht nur zu Gerechtigkeit, sondern ganz allgemein auch zu weniger Leiden. Die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern umzusetzen, sei ein von der Verfassung vorgegebenes Ziel, das bis runter zu den Kommunalen Haushalten verfolgt werden solle. Es gehe nicht nur darum, Gerechtigkeit gegenüber den Frauen herzustellen, sondern auch zu schauen, wo es bei den Männern Benachteiligungen gibt. Insgesamt müsse eine Wirkungs- und Verteilungsgerechtigkeit hergestellt werden.

Dr. Regina Frey argumentierte in Bezug auf die Implementierung von Gender Budgeting in das politische System, dass es die Herausforderung wäre, eine fachliche und differenzierte Denkweise in die Politik einzubringen. Jedoch ist unklar, inwiefern dies eine Zustimmung in unserem politischen System finden würde. Denn vielmehr erscheint der Eindruck, das System wäre durch Kurzfristigkeit gekennzeichnet. Hierbei spiele die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle, eine langfristige Lösung zu fordern und somit Druck auf Politiker_innen auszuüben.

Eine Teilnehmerin im Publikum legte in ihrem Beitrag im Rahmen der Fishbowl den Fokus auf mehr Prävention. So gäbe es einen Landespräventionsrat, mit dem ein stärkeres Netzwerken vorteilhaft wäre, sodass gemeinsam der Fokus auf Verbeugung gelegt werden müsste und könnte. Das Podium erklärte hierzu, dass dies ein wichtiger Punkt sei, jedoch, auf vielen Ebenen und in vielen Organisationen, so auch im Präventionsrat, das Thema Gleichstellung verstärkt sichtbar gemacht werden müsste. Der Landesfrauenrat

Niedersachsen überlege sich, welche präventiven Forderungen sie stellen können, um das Thema präsender zu machen.

Eine weitere Frage beleuchtete, in welcher Weise individuelle Entscheidungen getroffen werden und ob Frauen in Verhandlungen nicht fordernd, gar konfliktscheu, wären. Das Podium bettet diese Frage kontextual ein. So wären Entscheidungen, die wir als Individuen treffen, nie nur individuelle Entscheidungen, sondern durch die Sozialisation und den Kontext geprägt. Demnach wären bestimmte Entscheidungen, wie z.B. in manchen Lebensabschnitten beruflich zurückzutreten und sich um die Kinder zu kümmern, rational, weil sich die Rahmenbedingungen für Berufstätigkeit ändern und weil Rollenmodelle und Sozialisationsprozesse in Bezug auf die Verteilung von Sorgearbeit greifen. Allgemein gebe es die individuelle Entscheidung nicht, da man immer nach gesellschaftlichen Weichenstellungen handle. Zu diesen Weichenstellungen zählen u.a. die Verteilung von Sorgearbeit, Möglichkeiten der frühkindlichen Fremdbetreuung und besonders das Ehegatten-Splitting. Die Podiumsteilnehmer_innen waren sich darin einig, dass das Ehegatten-Splitting abgeschafft gehöre und es mehr Beratungsstellen geben sollte, um aufzuklären und Frauen eine Datenbasierte Perspektive zu liefern. Der Landesfrauenrat Niedersachsen forderte, dass Gender Budgeting auf der Landes- und Bundesebene und nicht nur auf der kommunalen Ebene praktiziert werde, da dies so auch im Koalitionsvertrag stehe.

Wofür ist Geld da und wofür wird es ausgegeben, war die Frage eines weiteren Diskussionsbeitrages aus dem Publikum. So müssten Frauen für die Folgen männlichen Risiko- und Aggressionsverhaltens zahlen, wie eine Teilnehmerin aus dem Publikum hervorhob. Sie führte auf, dass es für die Frauenhäuser eher heißt „Frauen zahlen“ anstatt „Frauen zählen“ (Bezug zum Titel der Veranstaltung), da beispielsweise eine Frau mit 4 Kindern pro Person 35€ pro Tag bezahlen müsse, um Schutz zu bekommen. Der Mann zahle in dem Moment nichts. Ebenfalls diskutiere die Landeshauptstadt Hannover Kürzungen von 15% städtischer Zuwendungen ab 2025 u.a. für auch Beratungsstellen. Betroffen wären folglich (Frauen-)Beratungsstellen in Hannover – trotz des Anstiegs an häuslicher Gewalt. Gleichzeitig wird in Hannover die Bewerbung für die Olympischen Spiele 2036 oder 2040 diskutiert. In einem weiteren Beitrag wurde erwähnt, dass auch Sportvereine politisch seien und politischen Einfluss haben. Der Sport wäre verpflichtet, sich dem Grundgesetz in der Verfassung anzupassen. Er eigne sich aber auch gut, zur Mobilisierung der Gender Budgeting-Diskussion in der Zivilgesellschaft beizutragen.

In den abschließenden Statements wurde deutlich, dass die Sensibilisierung für Gender Budgeting nicht nur eine feministische Angelegenheit ist, sondern ein zentrales Anliegen für die gesamte Gesellschaft. Barbara Hartung sagte, man solle sich informieren und transparent im Freundeskreis über dieses Thema diskutieren. Regina Frey und Christina Müller verwiesen auf die Möglichkeit, Bundestagsabgeordnete zu kontaktieren und auf

den Koalitionsvertrag sowie die gesellschaftlichen Geschlechterungleichheiten hinzuweisen. Boris von Heesen vertrat die Meinung, dass man sich Gruppenzwang widersetzen solle und appellierte daran, auch in persönlichen Kontexten zu widersprechen und aufzuklären.

Die Veranstaltung endete nicht nur mit einer erkenntnisreichen Diskussion, sondern auch mit dem gemeinsamen Mittagessen, das Raum für persönliche Gespräche und weiteren Austausch bot. Das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. ziehen ein positives Resümee und sehen in der Veranstaltung einen wichtigen Schritt hin zu einer geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Mittel.

